

## Soziale Marktwirtschaft – deutscher Sonderweg oder europäisches Gemeingut?

Eine kulturgeschichtliche Spurensuche

Im Vertrag von Lissabon wird die Soziale Marktwirtschaft erstmals verbindlich als Leitidee der Europäischen Union benannt. Der Begriff erlangte seine Prominenz in der jungen Bundesrepublik Deutschland der 1950er Jahre. Er prägte die Debatte um eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung. Seitdem beziehen sich Politiker, Ökonomen, Sozialethiker beim Richtungsstreit um die Gewichtung von Marktfreiheit und staatlicher Ordnung, von Sozialstaat und Leistungsgerechtigkeit auf die Soziale Marktwirtschaft. Nicht zuletzt ist diese Debatte auch beeinflusst durch die kulturelle Herkunft und konfessionelle Bindung der jeweiligen Akteure. Außerhalb Deutschlands hatte der Begriff zu keiner Zeit eine vergleichbare Anziehungskraft. Gleichwohl wurzeln die Ziele, Marktfreiheit und Bürgersolidarität, wirtschaftlichen Wettbewerb und sozialen Fortschritt mit einander zu verbinden, im gemeinsamen europäischen Kulturerbe.



Peter Schallenberg



Arnd Küppers

urch den Vertrag von Lissabon ist der Terminus "Soziale Marktwirtschaft" in den EU-Vertrag aufgenommen worden. In Art. 3 Abs. 3 des EU-Vertrages heißt es nun, dass die Union hinwirkt "auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität". Die Soziale Marktwirtschaft ist damit rechtlich verbindliches Leitbild und Zielbestimmung für die europäische Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft geworden.

## Soziale Marktwirtschaft – typisch deutsch?

Der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow, dessen Untersuchungen zu den konfessionellen Grundlagen europäischer Wohlfahrtsregime große Beachtung gefunden haben, erkennt in diesem Umstand eine gewisse Ironie. Denn die europäische Wirtschaftsunion war seiner Ansicht nach von Anfang an ein neoliberales Projekt. Während die deutschen Neoliberalen um ihren politischen Vorkämpfer Ludwig Erhard auf nationaler Ebene im Großen und Ganzen vergeblich versucht hätten, ihre Wirtschaftsordnungsvorstellungen durchzusetzen, sei ihnen das im Hinblick auf Europa weitgehend gelungen. "Auch wenn dies nicht die ursprüngliche Absicht aller Akteure war, glich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Ergebnis dem (ordo-)liberalen Ideal, bei dem die Gemeinschaftsinstitutionen zwar das Funktionieren des Marktes gewährleisteten, aber keine darüber hinaus gehenden Eingriffsrechte besaßen" (Manow 2010, 14).

Die in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts etablierte bundesrepublikanische Soziale Marktwirtschaft dagegen ist nach Auffassung Manows weitgehend eine Niederlage für die Neoliberalen gewesen, zumindest insoweit es ihnen darum gegangen sei, in der neu zu errichtenden westdeutschen Wirtschaftsordnung die reine, unverfälschte Lehre des Ordoliberalismus durchzusetzen. Er teilt die Ansicht von Ralf Dahrendorf, der 2004 meinte: "Wer in Deutschland von Sozia-